

Der Zusammenschluss der reformierten Kirchgemeinden verläuft radikaler als erwartet SEITE 20

Schwerelos im Airbus – mit Start und Landung in Dübendorf SEITE 21

Regierung soll Karten auf den Tisch legen

Die Handelskammer fordert den Kanton auf, zu zeigen, wie er die Unternehmenssteuerreform bewältigen will

Wegen der Unternehmenssteuerreform III gerät die Schweizer Steuerlandschaft in Bewegung. Der Kanton müsse den Unternehmen jetzt mehr Planungssicherheit gewähren, verlangt die Zürcher Handelskammer.

ANDRÉ MÜLLER

Letzte Woche liess die Regierung mit dem Budgetentwurf die Katze aus dem Sack: Ab 2017 schreibt der Kanton Defizite, und ein Sparprogramm ist in Vorbereitung (NZZ 19. 9. 15). Besonders ungemütlich: Der Kanton hat noch gar nicht einberechnet, wie sich die Unternehmenssteuerreform (USR) III auswirkt. Das Holding-Privileg und weitere steuerliche Privilegien müssen auf internationalen Druck hin abgeschafft werden, so viel ist klar. Um die betroffenen Unternehmen im Land zu halten, müssen Bund und Kantone anderswo Steuern senken, was allein den Kanton Zürich pro Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag kosten dürfte.

Die Firmen wollen planen

Vor diesem düsteren Hintergrund präsentierten die Unternehmensberatung KPMG und die Zürcher Handelskammer (ZHK) am Dienstag eine Auslegung zum Zürcher Steuersystem. Erstere lieferte die Analyse, ZHK-Direktorin und Kantonsrätin Regine Sauter (fdp.), die zurzeit für den Nationalrat kandidiert, stellte die Forderungen: Der Kanton müsse so bald als möglich erklären, mit welcher langfristigen Steuerstrategie er die Unternehmen im Kanton halten wolle. Es gehe nicht um radikale Steuersenkungen, sondern darum, den Unternehmen Planungssicherheit über 5 bis 10 Jahre zu gewährleisten. «Heute sind ausländische Unternehmen sehr zögerlich, was eine Ansiedlung in der Schweiz, gerade im Kanton Zürich, betrifft», sagte Sauter.

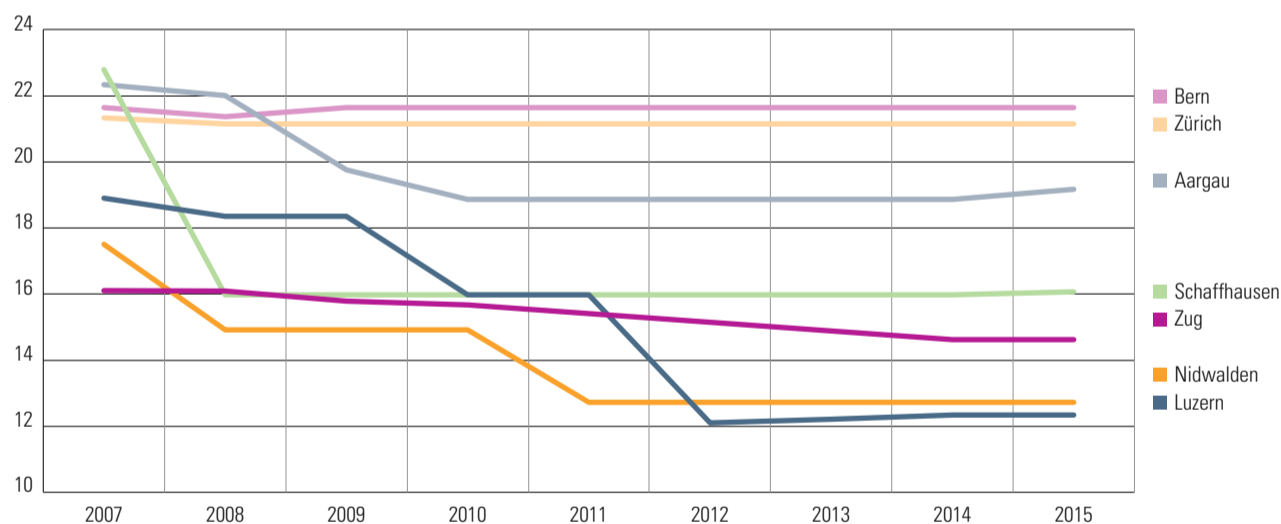
Andere Kantone haben bereits vorgelegt: Genf und die Waadt wollen ihre Gewinnsteuern drastisch senken, und auch Schaffhausen plant eine deutliche Senkung von 16 auf 12 Prozent. Zürich ist zwar, anders als diese Kantone, weniger angewiesen auf die privilegierten



Die in Zürich angesiedelten Unternehmen wollen Planungssicherheit in Steuerfragen.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Entwicklung der Gewinnsteuersätze 2007–2015

Steuersatz in Prozent¹

¹ Maximale effektive Vorsteuersätze Bund/Kanton/Gemeinde für den jeweiligen Kantonshauptort.

QUELLE: KPMG

NZZ-Infografik/tcf.

Gesellschaften: Sie leisten einen höheren einstelligen Prozentanteil an die Einnahmen aus den kantonalen Gewinnsteuern. Wenn die anderen Kantone aber breitflächig Gewinnsteuern senken, betrifft das den Kanton Zürich stark, weil er in dem Fall auch für alle anderen Firmen unattraktiv wird. Bereits heute liegt Zürich im schlechteren Mittelfeld bezüglich der Steuerlast für Unternehmen. Deutlich ist vor allem der Unterschied zu den Nachbarkantonen in der Zentral- und Ostschweiz (siehe Grafik). Die Handelskammer fordert daher, dass der Kanton Zürich seine Gewinn- und Kapitalsteuern senkt.

Der Bundesrat hat in einer Botschaft zur USR III im Juni weitere Massnahmen genannt: stark erhöhte Steuerabzüge für Forschungskosten einerseits, «Patentboxen», ein Steuerrabatt auf Einnahmen aus Patenten, andererseits. Damit sollen forschungsintensive Unternehmen gehalten oder angelockt werden. Die ZHK möchte auch diese Instrumente nicht missen. Ihre weiteren Forderungen für natürliche Personen sind indes nicht neu: Die starke Progression bei hohen Einkommen und Vermögen, eine «Spezialität» des Kantons Zürich, solle flacher werden. Unter dem Strich verlangt die Handelskammer nichts anderes als ein «umfassendes, kohärentes und wachstumsorientiertes Steuerpaket» für Zürich.

Regierung bleibt noch vage

Aus der Finanzdirektion konnte am Dienstag niemand zu den Forderungen Stellung nehmen. Der Regierungsrat hat im August auf eine Interpellation zur USR III geantwortet, Veränderungen bei der Unternehmensbesteuerung seien «unumgänglich», eine Senkung des Gewinnsteuersatzes könne nötig sein.

Die mit Konjunktiven und Konditionalsätzen versetzte Antwort zur Interpellation lässt darauf schliessen, dass die Regierung bezüglich USR erst einmal abwarten will, welche Regeln sich auf Bundesebene durchsetzen und wie die anderen Kantone reagieren. Hoffnungen auf grossflächige Steuersenkungen hat sie in ihrer Antwort bereits einen Riegel geschoben: Es sei wegen der ungewissen Lage nicht möglich, «auf weitere Begehren zu Steuerentlastungen mit hohen Steuerausfällen einzugehen».

Verschlaufpause, aber kein Aufatmen

Der Stadtzürcher Finanzvorsteher präsentiert im Budget 2016 eine rote Null und verschafft sich etwas Luft

In der Stadt Zürich werden die Steuereinnahmen 2016 erneut Rekordhöhe erreichen. Allerdings ist auch das Ausgabenwachstum ungebremst.

cn. Ende 2012 – kurz bevor er aus dem Amt scheiden sollte – zog der damalige Stadtzürcher Finanzvorsteher Martin Vollenwyder (fdp.) die Notbremse. Er startete eine Leistungsüberprüfung mit dem Ziel, ab 2017 wieder ausgeglichene Rechnungen präsentieren zu können. Ohne entschlossene Eingriffe, so die Warnung, drohten Defizite in der Höhe von mehreren hundert Millionen Franken. Für 2016 etwa wurde mit einem Fehlbetrag von 239 Millionen gerechnet.

Unter Daniel Leupis Amtsleitung erlebte das Programm dann einige Transformationen. Der Name änderte, die Einnahmenseite erfuhr vermehrte Beachtung, und die Situation entschärfte

sich – zumindest mittelfristig. Der grüne Finanzvorsteher senkte die Plafonds der Direktionen und leitete verschiedene Massnahmen ein, die die Stadtkasse entlasten. Gleichzeitig hatte er das Glück, dass sich die Steuersituation nach wie vor prächtig entwickelte.

Erneutes Stellenwachstum

An der diesjährigen Budget-Medienkonferenz hat der entspannt wirkende Leupi nun bekanntgegeben, dass er für 2016 erneut mit rekordhohen Steuereinnahmen rechne. Auf der Ertragsseite sind bei einem unveränderten Steuerfuss von 119 Prozent 2,820 Milliarden Franken budgetiert. Das sind 165 Millionen Franken mehr als im Budget 2015. Die Zunahme beruht vor allem auf höheren Steuererträgen von juristischen Personen, die bei 976 Millionen Franken um 190 Millionen Franken über dem letztjährigen Budgetwert liegen. Trotz dem Steuersegen beantragt der Stadtrat

dem Gemeinderat im Budgetentwurf 2016 ein Defizit von 12,7 Millionen Franken. Bei einem Aufwand von 8,689 Milliarden entspricht dies gegenüber dem Voranschlag 2015 (-129,7 Mio. Fr.) einer Verbesserung um 117 Millionen Franken. Das Eigenkapital der Stadt beträgt bis Ende 2016 524,7 Millionen Franken und hält entsprechend länger an als ursprünglich erwartet. Erst ab 2019 rechnet der Aufgaben- und Finanzplan mit einem Minus von 62 Millionen Franken.

Mit der Ankündigung einer roten Null hat sich der Finanzvorsteher ein weiteres Jahr Luft verschafft. Trotzdem kann der Budgetentwurf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Ausgabenwachstum nach wie vor nicht gestoppt ist. Zwar gelang es Leupi, den Verlauf zu bremsen; die Bevölkerungszunahme in der Stadt und die zunehmende Verlagerung von Aufgaben auf Gemeindeebene fordern aber ihren Preis. Der Brutto-Personalaufwand für 2016 beläuft sich

auf 2,818 Milliarden Franken (Budget 2015: 2,79 Mrd.). Insgesamt sind 21 591 Stellenwerte budgetiert. Das entspricht einem dreistelligen Nettozuwachs von erklecklichen 340 Stelleneinheiten. Zu den 66 Stellenwerten, die 2016 wegfallen, kommen 406 neue Stellen dazu. Daniel Leupi betonte jedoch, dass 343 Stellenwerte ganz oder teilweise refinanziert sind. Die neuen Stellen fallen laut dem Finanzvorsteher vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung an. In der Zentralverwaltung wurde das Wachstum dagegen gestoppt. Zunehmen werden auch der Sachaufwand (+41,8 Mio. Fr.) und die Abschreibungen (+24,6 Mio. Fr.). Mit 1,078 Milliarden Franken präsentiert sich zudem der Wert für die Nettoinvestitionen hoch (+73,5 Mio. Fr. gegenüber 2015), auch wenn nicht alle Vorhaben realisiert werden dürften. Die Verschuldung steigt auf 5,1 Milliarden Franken; der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 57,8 Prozent. Wegen wirtschaftlicher

Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Konjunkturlage oder steuerlicher Herausforderungen wie der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III mahnt Leupi weiterhin zu Mässigkeit. Entsprechend werden die Massnahmen zur Ergebnisverbesserung weitergeführt.

Verhaltene Reaktionen

Ihrem politischen Profil entsprechend haben am Dienstag die Parteien auf den stadträtlichen Budgetentwurf reagiert. SVP und FDP kritisieren die hohe Verschuldung und das nach wie vor anhaltende Ausgabenwachstum. Die SP fordert, neue Ausgaben sorgfältig zu prüfen – den gemeinnützigen Wohnungsbau und die Kinderbetreuung aber zu verschonen –, und die Grünen kündigen an, sich in der Budgetdebatte von Dezember gegen weitere Kürzungen zu wehren. Die GLP wiederum will den «gemässigten Sparkurs» weiterführen.